

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1884)

Artikel: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht des Regierungspräsidenten

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-416326>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1884.

Bericht des Regierungspräsidenten.

Volksentscheide.

Es fand im Jahr 1884, und zwar am 11. Mai, die Abstimmung über vier eidgenössische und vier kantonale Vorlagen statt, welche folgendes Ergebniss hatte:

Die vier *eidgenössischen* Vorlagen wurden vom Berner Volk sämmtlich *verworfen*, nämlich:

1) das Bundesgesetz betreffend Organisation des Justiz- und Polizeidepartements mit 28,688 gegen 19,930 Stimmen;

2) der Bundesbeschluss betreffend die Patenttaxen der Handelsreisenden mit 25,425 gegen 22,669 Stimmen;

3) das Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Bundesstrafrechts mit 26,218 gegen 21,214 Stimmen;

4) der Bundesbeschluss betreffend Gewährung eines Beitrags von Fr. 10,000 an die Kanzleikosten der schweizerischen Gesandtschaft in Washington mit 30,108 gegen 16,568 Stimmen.

Dagegen wurden alle vier *kantonale* Gesetze *angenommen*, und zwar

1) das Gesetz über Abänderung und Ergänzung des Gemeindegesetzes vom 6. Dezember 1852 mit 24,374 gegen 23,507 Stimmen, also mit einem Mehr von 867 Stimmen;

2) das Gesetz über Errichtung kantonaler Arbeitsanstalten mit 30,523 gegen 17,054 Stimmen, also mit einem Mehr von 13,469 Stimmen;

3) das Gesetz über Abänderung des § 3 des Gesetzes betreffend die Branntwein- und Spiritusfabrikation vom 31. Oktober 1869 mit 30,400 gegen 17,567 Stimmen, also mit einem Mehr von 12,833 Stimmen;

4) das Gesetz über Abänderung des § 17 des Gesetzes betreffend die Hypothekarkasse (Herabsetzung der Jahreszahlungen an die Darlehn) mit 35,986 gegen 10,851 Stimmen, also mit einem Mehr von 25,135 Stimmen.

Die Zahl der Stimmberchtigten im Kanton betrug 106,241, die der Stimmenden am 11. Mai 51,744.

Vertretung in den eidgenössischen Räthen.

Zu Ständeräthen für das Jahr 1884 wurden gewählt: Hr. Fürsprecher Sahli, der bisherige, und Hr. Regierungsrath Gobat.

Im Herbst fand die Gesamterneuerung des Nationalraths für 3 Jahre statt. Es wurden gewählt: im Wahlkreis Oberland: die HH. Bezirksprokurator Zurbuchen, Regierungsstatthalter Reb-

mann, Bezirksingenieur Zürcher, Inselverwalter Scherz und Fürsprecher Zyro;

im Wahlkreis Mittelland: die HH. Grossrath Hauser, Fürsprecher Brunner, Regierungsrath Rohr, Buchdrucker Stämpfli und Fürsprecher Müller;

im Wahlkreis Emmenthal: die HH. G. Riem, Fürsprecher Bühlmann und Karrer und Bundesrath Schenk, welch' Letzterer dann nach seiner Wiederwahl als Bundesrath durch Hrn. Staatsschreiber Berger ersetzt wurde;

im Wahlkreis Oberaargau: die HH. Fürsprecher Büzberger, Fabrikant Gugelmann, Handelsmann Andr. Schmid und Obergerichtspräsident Leuenberger;

im Wahlkreis Seeland: die HH. Kreisförster Schlup, Jurabahndirektor Marti, Fürsprecher Niggeler und Fabrikant Kuhn;

im Wahlkreis Jura: die HH. Regierungsrath Stockmar, Gerichtspräsident Cuenat, Uhrenfabrikant Francillon, Jurabahndirektor Jolissaint und Bankier Klaye.

Davon sind neu gewählt: die HH. Stämpfli, Müller, Marti und Jolissaint.

Grosser Rath.

Im Laufe des Jahres mussten fünfzehn Stellen im Grossen Rathe neu besetzt werden, drei infolge Todesfall, elf wegen freiwilligen Austritts und eine infolge Wahlablehnung. Die von Hrn. Ed. Boivin und Mith. in Delsberg gegen die Wahl des Hrn. Bailat in den Grossen Rath erhobene Beschwerde wurde nach dem Antrage des Regierungsrathes und der Grossrathskommission abgewiesen; die übrigen Wahlen blieben unbeanstandet.

Für das Verwaltungsjahr 1884—85 wurden gewählt: zum Präsidenten des Grossen Rethes Herr Fürsprecher Bühlmann, zu Vizepräsidenten die HH. Fürsprecher Müller und Ritschard.

Der Grosse Rath hielt fünf Sessionen mit 21 Sitzungstagen.

Die wichtigern Gegenstände, welche zur Behandlung kamen, sind folgende:

Gesetze in zweiter Berathung.

1) Gesetz für Abänderung des § 3 des Gesetzes betreffend die Branntwein- und Spiritusfabrikation vom 31. Oktober 1869;

2) Gesetz betreffend Abänderung des § 17 des Gesetzes über die Hypothokarkasse (Herabsetzung der Jahreszahlungen an die Darlehn).

Gesetze in erster Berathung.

Gesetz über die Schutzpockenimpfung und die Massregeln beim Ausbruch der Menschenblattern.

Dekrete.

1) Dekret über die Löscheinrichtungen und den Dienst der Feuerwehr;

2) Vollziehungsdekret zum Gesetz vom 31. Oktober 1869 und 11. Mai 1884 über die Branntweinfabrikation;

3) Dekret über theilweise Abänderung des § 4 des Dekrets betreffend Steuern zu Kultuszwecken vom 2. Dezember 1876;

4) Abänderung des Art. 12 des Dekrets vom 12. April 1882 für die Organisation und Verwaltung der Viehentschädigungs- und der Pferdescheinkasse;

5) Regulativ über die Verwaltung und Vertheilung der gemäss Art. 9 des Gesetzes vom 30. Oktober 1881 und Art. 19—21 des Dekrets vom 31. Januar 1884 von der kantonalen Brandversicherungsanstalt und schweizerischen und auswärtigen Feuerversicherungsgesellschaften zu leistenden Beiträge.

Beschlüsse, bezw. Berathungen über

1) Auslegung des Art. 2127 des französischen Civilgesetzbuches;

2) Gefängnissbauten in Bern, Burgdorf, Delsberg, Ins, Thun und Belp;

3) Ankauf des Hofwylgutes für Verlegung des Lehrerseminars von Münchenbuchsee in dasselbe;

4) den Stand der Juragewässerkorrektion;

5) Vorschüsse der Staatskasse an öffentliche Unternehmungen.

Regierungsrath.

Regierungspräsident bis Ende Mai war Herr Regierungsrath Scheurer, vom 1. Juni hinweg Herr Justizdirektor Eggli.

Der Regierungsrath hielt 122 Sitzungen.

Verfassungsrevision.

Die Berathungen über die Verfassungsrevision wurden im Berichtsjahre fortgesetzt und beendet.

Nachdem im November 1883 die Vorberathungskommission in erster Berathung die Grundlagen der neuen Verfassung festgestellt hatte, wurde im Februar 1884 in zweiter Berathung der gleichen Behörde der vollständige Entwurf ausgearbeitet und festgestellt.

Zur Behandlung über diesen Verfassungsentwurf trat der Verfassungsrath am 5. Mai 1884 zusammen und beendigte seine Berathungen am 24. des gleichen Monats.

Vom 22. September bis zum 8. Oktober wurde dieser Entwurf durch die Vorberathungskommission abermals berathen, wobei namentlich über das Gemeinde- und Armenwesen wesentliche Abänderungen beantragt wurden.

Zur zweiten Berathung trat der Verfassungsrath am 10. November zusammen und beendigte seine daherigen Arbeiten am 28. gleichen Monats.

Bei der auf den 1. März 1885 angeordneten Volksabstimmung fielen für Annahme des Verfassungsentwurfs 31,460,

» Verwerfung » » 56,443 Stimmen.

Derselbe wurde demnach mit einem Mehr von 24,983 Stimmen vom Berner Volke verworfen.

Die Zahl der Stimmberchtigten im Kanton betrug am genannten Tage 110,411, die der Stimmen 88,571.

Bern, den 20. April 1885.

Der Regierungspräsident
Eggli.